

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

29. August 2008

Bürgerinitiative und Pro Rheintal rufen zur Demo in Bingen auf

Übergabe einer Resolution an Verkehrsminister Tiefensee

Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee kommt am Samstag, 6. September 2008, um 13 Uhr nach Bingen. Pro Rheintal und die "Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn" wollen ihn dort mit einer Kundgebung zum sofortigen Handeln in Sachen Bahnlärm auffordern.

In seiner Einladung nach Bingen, wo er sich mit dem rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Hendrik Hering treffen will, schreibt Bundesminister Tiefensee, man wolle neue und innovative Techniken vorstellen, um konventionelle Lärmschutzwände durch weniger auffallende Wände und Maßnahmen direkt am Gleis zu ersetzen.

"Pro Rheintal"-Sprecher Frank Groß in einer Stellungnahme dazu: "Seit 20 Jahren sprechen wir im Rheintal über den Güterverkehrslärm und seit 20 Jahren verspricht die Politik, etwas zu unternehmen. De facto ist die Situation jedoch nicht besser, sondern immer nur schlimmer geworden. Man hat der ICE-Trasse zugestimmt, wohl wissend, dass damit im Rheintal der Weg für den Güterverkehr freigemacht wurde. Man hat die Sanierungen der Strecke hingenommen, wohl wissend, dass dies dem Ausbau des Frachtkorridors Rotterdam—Genua diente.

Ministerpräsident Kurt Beck und Bundesverkehrsminister Tiefensee sprechen von der notwendigen Verlagerung des Straßenverkehrs auf die Schiene, wohl wissend, dass es im Korridor darum geht, zusätzliche Fracht vom Schiff herunterzuholen, die bisher außen um Europa herum transportiert wird. Hier geht es nicht um Landes- oder Bundesinteressen, hier geht es um die wirtschaftlichen Interessen und die Profitgier multinationaler Konzerne, die massiven Einfluss auf Bahn und Bund ausüben", kritisiert Groß und fährt fort: "Auf dem Rücken der Bürger wird so Profitgier ausgetragen, die unsere Menschen krank macht und unsere Region in den Untergang treibt. Deshalb dürfen wir nicht mehr länger stillhalten, sondern müssen jetzt gemeinsam für unsere Interessen eintreten.

Pro Rheintal weist darauf hin, dass Bund und Bahn, was die Höhe und



Grenzwerte des Bahnlärms betrifft, immer noch mit Mittelungspegeln argumentieren. Das bedeutet, man rechnet nicht die tatsächliche Lautstärke der vorbeifahrenden Züge, die Menschen aus dem Schlaf reißt, sondern man mittele diese Pegel mit den Ruhephasen. Das sei so, als wolle man sagen, "in den drei Minuten, bis der nächste Zug kommt, könnt ihr ja wieder prima schlafen". Groß dazu: "Alle Experten sind sich einig, dass Grenzwertvorgaben und Schienenbonus, insbesondere auf bestehenden Strecken, eine Farce sind. Hier geht es ja nicht um Bestandsschutz, sondern um die Gesundheit lebendiger Menschen, die unser Gesundheitssystem später mit Milliarden belasten, weil Bund und Bahn seit 30 Jahren den Lärmschutz im Bahnverkehr schleifen lassen. In jede Bankenkrise pumpen wir Milliarden, aber hier, wo es um unser Land und die Menschen geht, ist angeblich kein Geld da."

Zu diesem Thema will Pro Rheintal Minister Tiefensee in Bingen eine Resolution übergeben, in der das Bürgernetzwerk noch einmal darauf hinweist, dass Bahnlärm in keiner Region in Deutschland lauter ist und mehr schadet als im Mittelrheintal. Lauter – wegen der Topografie und den daraus resultierenden zusätzlichen Immissionen und Reflektionen. Schaden – weil es so laut und unerträglich für die Menschen ist und weil das Rheintal ohne Tourismus keine Überlebenschance hat, und der Tourismus diesen Güterverkehrslärm nicht mehr länger verkraften kann.

Deshalb fordert Pro Rheintal eine sofortige Messung der tatsächlichen Lärmpegel. Aufgrund der zunehmenden Zugfrequenz und der bisher nicht berücksichtigten Lärmpegel der jeweils anderen Rheinseite seien die tatsächlichen Werte auch im Mittel viel höher, als die vor Jahren berechneten Werte. Das könne jeder Bürger anhand seiner Lärmeindrücke sofort bestätigen.

"Pro Rheintal"-Sprecher Frank Groß: "Die Bahn geht von idealisierten Verhältnissen aus, wie man selbst auf der Seite des Umweltbundesamtes (UBA) unter dem Stichwort "Bahnlärm" nachlesen kann. Mittlerweile sind die Verhältnisse am Mittelrhein völlig andere, als die in den vor Jahren vorgenommenen Berechnungen. Hier ist sofortiges Handeln angesagt, weil es vom medizinischen Standpunkt (Prof. Manfred Spreng, Universität Erlangen) keinen Tag länger mehr vertretbar ist, die Menschen diesen Lärmpegeln auszusetzen. Minister, die das erkennen und nicht sofort handeln, machen sich nach geltender Gesetzeslage eigentlich strafbar!"



Sobald diese Messergebnisse vorlägen, wäre klar, dass die Bahn nur noch in dem Maße Güterverkehr durch das Rheintal schicken könne, wie damit die Gesundheit der Menschen im Tal nicht mehr weiter gefährdet würde. Das bedeute zum Beispiel den ausschließlichen Einsatz neuer Fahrzeuge, Geschwindigkeitslimits bei den Ortsdurchfahrten, Nachtfahrverbote und weitere lärmmindernde Maßnahmen. Dies alles würde dann auch automatisch dazu beitragen, dass man sich um eine Alternativstrecke bemühen müsse, und die Bürger würden sich dann wundern, wie schnell so etwas gehen kann, wenn es gewollt ist.

Bürgerinitiative und Pro Rheintal rufen daher noch einmal alle Bürger, Kommunen und Unternehmen im Rheintal auf, sich geschlossen hinter diese Resolution zu stellen und für das Netzwerk zu spenden bzw. sich an der Demonstration am 6. September in Bingen zu beteiligen. Treffpunkt ist um 13 Uhr am Fährkopf des Landesgartenschaugeländes, Eingang Gartenstadt.

Weitere Informationen:

"Pro Rheintal" Bürgernetzwerk

Frank Groß, Sprecher Neustadt 8 56068 Koblenz

Tel: 0261 46028-0 Fax: 0261 46028-8 E-Mail: info@pro-rheintal.de

www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten